



## Auszug aus dem substanziellen Protokoll 63. Ratssitzung vom 4. Oktober 2023

2359. 2022/441

**Motion von Andreas Kirstein (AL), Albert Leiser (FDP) und 30 Mitunterzeichnenden vom 14.09.2022:**

**Einführung eines Einheitstarifs für den Anschluss und Bezug von Fernwärme gemäss Energieplan**

Gemäss schriftlicher Mitteilung lehnt die Vorsteherin des Tiefbau- und Entsorgungsdepartements namens des Stadtrats die Entgegennahme der Motion ab, ist jedoch bereit, sie als Postulat zur Prüfung entgegenzunehmen.

*Andreas Kirstein (AL) begründet die Motion (vergleiche Beschluss-Nr. 623/2022): Die Bindung an den Ölpreis, die für die Tarifschwankungen verantwortlich war, wurde am 1. Januar 2022 aufgehoben. Das trug zu einer gewissen Kostenstabilität bei der Fernwärme bei. Die tatsächlichen Kosten konnten nicht immer gedeckt werden, doch es entstanden auch Überschüsse. Die Zusammensetzung des Fernwärmetarifs aus Arbeits- und Leistungspreis sowie Anschlussbeitrag wurde mit der Revision nicht verändert. Seit dem Jahr 2022 werden die effektiven Energieproduktionskosten als Basis für den Arbeitspreis herangezogen und decken hauptsächlich die verbrauchsunabhängigen Energiekosten. Der Leistungspreis wird anhand der abonnierten Leistung berechnet und finanziert die fixen Betriebskosten der Netzinfrastruktur. Der Anteil wird stärker gewichtet als der Arbeitspreis, um die hohen Infrastrukturkosten besser abzubilden. Ein Anschlussbeitrag ist einmalig für den Bau des Anschlusses zu entrichten und beträgt einen Drittel der Anschlusskosten. Das ist ein Kostenteil, der immer wieder zu Diskussionen führte, da er entscheidend ist, ob sich der Anschluss an die Fernwärme wirtschaftlich bewerkstelligen lässt. Es ist ein Fortschritt, dass der Stadtrat bei der Tarifierung des Wärme- und Kälteleistungsbezugs Transparenz zeigt. Nach wie vor fehlt ein einheitlicher Tarif, der auf den ganzen Tarifraum Zürich Anwendung findet. Die Kostenkalkulation und Indexierung erweisen sich mit dem heutigen Modell als komplex. Die Tarifstruktur und die Fernwärmetarife sollen im Sinn eines Service Public vereinheitlicht werden. Neu würden die durchschnittlichen Kosten aller thermischen Netze der Stadt die Tarifhöhe bestimmen. Aktuell weisen die verschiedenen Fernwärmenetze unterschiedliche Arbeitspreise, also Energieproduktionskosten auf. Der Vorteil liegt nicht zuletzt in der Planungssicherheit für grosse Immobilienunternehmen und Genossenschaften für ihre Liegenschaften, die sich häufig in verschiedenen Fernwärmenetzen befinden. Sie können dadurch einheitliche Heiz- und Kühlkosten an ihre Mieter\*innen weitergeben, sofern sie an der Fernwärme angeschlossen sind. Die Vereinheitlichung schafft eine gewisse Rechtssicherheit für die kleinen Hausbesitzer\*innen, da sich je nach Lage mit sehr unterschiedlichen Tarifen konfrontiert sehen und oft nicht mehr lohnen. Zudem ermöglicht ein einheitlicher Tarif eine kostengerechte Finanzierung auf der Basis einer Gesamtsicht der Fernwärme Zürich. Auf Letzteres möchte ich aus AL-Perspektive eingehen. Nicht zuletzt durch die verzögerte Behandlung hat sich die stadträtliche Uhr weiterbewegt.*



2 / 4

*Zwischen der Antwort der vorliegenden Motion und heute haben drei Stadträte an einer Medienkonferenz zur Rekommunalisierung der Fernwärmenetze die Argumente und Vorbedingungen für die Tarifvereinheitlichung mehr oder weniger wörtlich vorgetragen. Diese Vorbedingungen wurden mittlerweile geschaffen, was mich freut. Nun kommt es zur Rekommunalisierung der Fernwärmenetze unter dem Dach des Elektrizitätswerks (ewz). Auch physisch sollen die bestehenden Wärmenetze untereinander verbunden werden, sodass auf Stadtgebiet ein Gesamtnetz entsteht. Die Zusammenführung ermöglicht organisatorische Synergien, baut unnötige Schnittstellen ab und schafft Voraussetzungen für eine Wärmeversorgung im Sinn eines kommunalen Service Public mit einem einheitlichen, solidarischen Tarif, basierend auf dem Kostendeckungsprinzip. Die Motion ähnelt dem Vorhaben des Stadtrats, wie aus der stadträtlichen Medienmitteilung zu entnehmen ist: «Durch die zunehmende physische Vernetzung der Wärmenetze zeichnet sich die Einführung eines Einheitstarifs ab». Aus Ratseffizienzgründen halten wir an der Motion fest, obwohl der Stadtrat die Umwandlung in ein Postulat empfiehlt.*

Namens des Stadtrats nimmt die Vorsteherin des Tiefbau- und Entsorgungsdepartements Stellung.

**STR Simone Brander:** *Am 14. Juni 2023 informierten wir über die Pläne zur Neuorganisation der Fernwärmeversorgung. In Zukunft soll es nicht mehr drei städtische Organisationen geben, die grosse Fernwärmenetze planen und betreiben. Der Bereich soll neu beim ewz gebündelt werden. Der Stadtrat reagierte auf die Motion GR Nr. 2021/417 zur Rekommunalisierung der Versorgungsnetze der Energie 360° AG. Der inhaltliche Bezug dieser beiden Motionen und Anliegen ist gross. Das Anliegen der heutigen Motion, dass es nur noch einen Einheitstarif für den Anschluss und den Bezug der Fernwärme in der Stadt Zürich geben soll, klingt gut. Aus Sicht der Konsument\*innen und der Immobilienunternehmen wäre einiges leichter. Der Stadtrat ist nicht gegen die Vereinheitlichung der Tarife. Er möchte die Thematik sauber abklären, politisch breit diskutieren und abstützen. In der Stadt Zürich haben wir die Tarifstruktur bereits harmonisiert. Die Höhe der Tarife variiert aber je nach Energieversorgungsunternehmen und Wärmeverbund, da die Kosten zur Wärmeerzeugung je nach Quelle verschieden sind. Auch die Dichte der Anschlüsse und die Baukosten der Verbunde führen zu unterschiedlichen Preisen. Der Stadtrat anerkennt, dass die Einheitstarife für die Kund\*innen eine Vereinfachung bringen, aber ein neues System ist äusserst komplex und muss sorgfältig durchdacht sein. Im ersten Schritt soll die Integration der Wärmenetze geplant und umgesetzt werden. Im nächsten Schritt kann der Einheitstarif vertieft abgeklärt werden. Darum lehnt der Stadtrat die Motion ab, nimmt den Vorstoss aber gerne als Postulat entgegen.*

Weitere Wortmeldungen:

**Johann Widmer (SVP):** *Die Angelegenheit ist nicht so einfach. Politisch betrachtet, ist das ein sozialistisch-planwirtschaftliches Anliegen der AL, doch auch ökonomisch ist die Forderung nicht ganz richtig. Wenn Fernwärme durch Abwasser mit Wärmepumpen erzeugt wird, hat das andere Produktionskosten, als wenn Kehricht verbrannt wird. Diese komplexen Zusammenhänge kann man nicht mit einem solidarisch formulierten Postulat beschönigen. Solche Anliegen fördern unrentable Projekte. Das ist der falsche Ansatz.*



*Die SVP ist gegen den Vorstoss und begrüsst die Herangehensweise des Stadtrats.*

**Albert Leiser (FDP):** *Ich möchte anmerken, dass ich in der FDP bin und nicht in der AL. Als wir die Motion vor einem Jahr einreichten, erstaunte mich, dass der Stadtrat diesen Steilpass ablehnte, da er selbst bereits viel Arbeit in diesem Bereich geleistet hatte. Die Fernwärme wollen wir wegen des Netto-Null-Ziels 2040, hinter dem wir alle stehen. Die Ausgangslage ist, dass wir die Fernwärme in dicht besiedelten Orten begrüssen. Nicht sinnvoll ist, dass sich die Anschlussgebühren von Strasse zu Strasse ändern. Das Ziel sollte sein, mit bezahlbaren Kosten an die Fernwärme anschliessen zu können, sodass wir die Energiezuschüsse in Zukunft wieder eindämmen können. Ich bin überzeugt, dass der Weg richtig ist. Die Motion lässt einige Lösungen offen, doch ich bin sicher, dass der Stadtrat diese finden wird. Da der Zusammenschluss kosten wird, braucht es zwingend eine Motion und kein Postulat, das im Papierkorb landen würde.*

**Beat Oberholzer (GLP):** *Ich schliesse mich STR Simone Brander an, dass es einfacher wäre, wenn überall derselbe Tarif herrschte. Einen kleinen Nachteil sehen wir in der radikalen Tarifangleichung, da uns unklar ist, wie dieser festgelegt wird. Je nachdem hat das Auswirkungen auf die Attraktivität des Anschlusses oder das Ziel der Dekarbonisierung. Johann Widmer (SVP) meinte, dass alle Netze unterschiedliche Voraussetzungen haben. Es erscheint darum als schweres Unterfangen, auch weil die Stadt unterschiedlich dicht besiedelt ist und keine Quersubventionen entstehen sollen. Das Ziel ist nicht, dass das gesamte Siedlungsgebiet mit einem Fernwärmenetz bestückt wird, sondern dass 60 Prozent des Stadtgebiets bis ins Jahr 2040 über einen Anschluss verfügen. Die restlichen 40 Prozent bleiben im Gasgebiet und müssen sich anders zu helfen wissen. Die Frage ist, was uns der Dekarbonisierung näherbringt. Wir denken, dass der Ausbau schneller geht, wenn nicht zu stark in die Preise eingegriffen wird. Den starken Unterschieden innerhalb kurzer Distanzen will der Stadtrat ohnehin entgegenwirken. Darum unterstützen wir das Anliegen als Postulat, aber nicht als Motion.*

**Sibylle Kauer (Grüne):** *Zürich zu grossen Teilen mit Fernwärme zu beheizen, ist ein wichtiges Ziel auf dem Weg zu Netto-Null. Mindestens 60 Prozent des Gebiets sollen abgedeckt werden. Dass dünnbesiedelte Gebiete nicht erschlossen werden, ist mit den Energiezonen, die in Planung sind, gewährleistet. Auch künftig sollen die Kosten von den Nutzer\*innen getragen werden. Bei der heutigen Tarifstruktur gibt es zwar für jedes Wärmeversorgungsgebiet ein öffentliches Preisblatt, doch das führt nicht dazu, dass jedes Haus gleich viel für die gleiche Menge Wärmebezug bezahlt. Das ist vom Wärmenetz selbst und den Kosten im Netz abhängig, aber je nach Netzbetreiber auch von der Distanz vom Haus zur Hauptleitung. Dünn besiedelte Stadtgebiete werden vorerst nicht angeschlossen, da dort andere erneuerbare Wärmelösungen sinnvoller sind. Es soll zuerst da gebaut werden, wo rasch viele Heizungen ersetzt werden können, da wir die CO<sub>2</sub>-Bilanz so am schnellsten senken können. Wenn das Haus in einem Gebiet mit einem Wärmenetz ist, sollen alle für gleich viel Wärmeleistung gleich viel bezahlen – sowohl für den Anschluss, als auch die Wärmeleistung selbst. Einzig eine Abstufung nach Anschlussgrösse ist für uns denkbar. Die Grünen sind überzeugt, dass einzig der gleiche Tarif für alle eine gerechte Lösung ist und unterstützen die Motion.*



4 / 4

**Benedikt Gerth (Die Mitte):** *Auch in meiner Nachbarschaft gibt es frappante Tarifunterschiede. Leute, die ihre Heizung an die Fernwärme anschliessen wollen, müssen exorbitante Preise zahlen, obwohl sie eine nachhaltige und sinnvolle Energieversorgung in ihrem Haus sicherstellen wollen. Das kommt einer Lotterie gleich. Das Argument von Beat Oberholzer (GLP), dass das ein Widerspruch sei, sehe ich nicht. Auch wenn man ausbauen muss, der Einheitspreis wird nicht in alle Ewigkeit gleichbleiben, sondern sich an den Kosten orientieren und entwickeln. Das ist klar und muss integriert werden. Auf der anderen Seite sehen wir, dass ein Einheitstarif verzerrend wirken kann und sinnvolle Preiseffekte nicht zeigt; insbesondere bei der Nivellierung, auch wenn sie sozial gerechtfertigt ist. In der Einführungsphase wird es Anpassungen geben müssen, was nicht zu verharmlosen ist. Ich bin gespannt, wie das vom Stadtrat operativ umgesetzt wird. Die Motion unterstützen wir, damit gegenüber dem Stadtrat ein gewisser Druck herrscht.*

**Barbara Wiesmann (SP):** *Die SP unterstützt das Anliegen. Mit dieser Massnahme wird Transparenz geschaffen und der Entscheid für die Bezüger\*innen vereinfacht, was hoffentlich zu mehr Anschlüssen führen wird. Wo die Fernwärmeleitungen verlaufen, liegt nicht im Einflussbereich derer, die sich gerne anschliessen wollen. Darum ist es ungerecht, wenn die, die weiter weg wohnen, mehr bezahlen müssen. Der Stadtrat schreibt, dass es schwierig sei einzuschätzen, zu welchen Anreizen es führen würde, wenn der Tarif neu der Durchschnittswert statt der Rentabilität sei. Eine Anlage soll nicht nur ökonomisch, sondern auch ökologisch Wert bringen. Darum braucht es sowieso eine Steuerung und Gesamtbeurteilung, für die der Preis nach wie vor eine Rolle spielt. Ich bin der Meinung, dass man mit einem einheitlichen Tarifsystem dafür sorgen kann, dass die ökonomisch und ökologisch richtigen Anschlüsse gebaut werden. Für mehr Transparenz und einfachere Tarife, unterstützen wir den Vorstoss als Motion und als Postulat.*

Andreas Kirstein (AL) ist nicht einverstanden, die Motion in ein Postulat umzuwandeln.

Die Motion wird mit 85 gegen 27 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) dem Stadtrat überwiesen.

Mitteilung an den Stadtrat

Im Namen des Gemeinderats

Präsidium

Sekretariat